

Von der 2. zur 3. Internationale!

SPD-Gemeinderatsmitglied gründet KPD-Ortsgruppe

Das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied, Genosse R. Büttner in Olfarlingen im Gebiet Langelsheim (Hannover) ist von der SPD zur KPD übergetreten. Da die KPD an diesem Ort noch keine Ortsgruppe hatte, gründete Genosse Büttner mit sozialdemokratischen Arbeitern eine Ortsgruppe der KPD, an deren Spitze er jetzt für die Herbeiführung der roten Einheitsfront unter Führung der KPD kämpft.

In Weildorf (Thüringen) sind vier bisherige SPD-Mitglieder zur KPD übergetreten. Sie haben sich nicht durch die Phrasen der Rosenfeld und Sendewitz irreführen lassen und sind in Empörung über die Verratspolitik der sozialdemokratischen Führerschaft zur roten Klassenfront gestiegen.

Eine lehrreiche Ortswahl in Hessen

In Wölfelden (Hessen) fand die Wahl des Bürgermeisters statt. Am 27. September erfolgte bereits der erste Wahlgang, bei dem unser Kandidat, der Genosse Zwilling, 1021 Stimmen erhielt, der bisherige Bürgermeister, der SPD-Kandidat Klingler, 1094 Stimmen. Es war Stichwahl notwendig zwischen Zwilling und Klingler und diese wäre zu einer Wahlprobe zwischen KPD und SPD geworden. Kurz vor dem Wahltag legte aber Herr Klingler seine Kandidatur nieder. Deswegen mußte jetzt wieder ein erster Wahlgang erfolgen. Unserem Genossen Zwilling hat-

ten Bürgerliche und Sozialdemokraten drei Kandidaten gegenübergestellt. Die SPD erlitt dabei eine vernichtende Niederlage. Genosse Zwilling erhielt 1087 Stimmen, der SPD-Kandidat 450 Stimmen, während die Bürgerlichen zusammen 950 Stimmen auf sich vereinigten. Jetzt muß die Stichwahl zwischen unserem Genossen Zwilling und einem bürgerlichen Kandidaten entschieden, der über 500 Stimmen erhielt. Obwohl die SPD-Führer zur Wahl des Bürgerlichen auffordern, werden Hunderte von SPD-Arbeitern für den kommunistischen Kandidaten stimmen.

Sendewitz-Abfuhr in Düsseldorf

In Düsseldorf hatte die neue Sendewitz-Partei zu einer Versammlung in der Tonhalle aufgerufen, die gut besucht war. Nach allgemeinem Pfaffen des Herrn Sendewitz ergriß Genossin Tschorsch das Wort zum Korreferat. Sie wurde mit tosendem Beifall empfangen. In klaren Worten rechnete sie mit der Verratspolitik der Sendewitz-Rosenfeld ab. Als Sendewitz nach den bejubelten Ausführungen der Genossin Tschorsch das Schlusswort ergreifen wollte, stimmte die Masse spontan die Internationale an und verließ den Saal. Der Verkauf der Versammlung hat eindrucksvoll gezeigt, daß die rheinischen Arbeiter nichts von der Sendewitz-Partei wissen wollen.

Wer finanziert die NSDAP?

SPD-Preußentasse und Junter unterstützen die Nazis

Die der Molkerei-Genossenschaft Gollnow in Pommern angeschlossenen Bauern rebellieren, weil die Genossenschaft ihnen für die Milch allzu niedrige Preise zahlt. Ihre Vorwürfe gehen gegen den Genossenschaftsdirektor Meier, dem persönliche Bereicherung auf Kosten der Genossenschaft vorgeworfen wird und gegen den ganzen Genossenschaftsvorstand, weil er deren Geld für Zwecke ausbeutet, die abseits von den Genossenschaftszwecken liegen.

Auf die Vorwürfe erwidert der Aufsichtsratsvorsitzende von Gollnow in Kantred u. a. wörtlich:

„Nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates sind solche Zahlungen an den Landbund, an die Deutschnationale Volkspartei, an die Nationalsozialistische Arbeiterpartei u. a. gestattet worden.“

Die Leiter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, meist Faschisten, geben also Rechennummern in die Nazi-Kasse. Diese Genossenschaften werden aber durch die der preußischen Braun-Schwarz-Regierung unterstehenden Preußentasse finanziert. So wandert das Geld der Steuerzahler in die Parteikasse Hitlers. Wenn aber eine landwirtschaftliche Genossenschaft pleite macht, dann müssen die betrogenen Kleinbauern die Suppe aus-

löffeln. Die Kleinbauern haben allen Anlaß, mit diesen Zuständen aufzuräumen, zu verhindern, daß die Nazis für ihre Kosten finanziert werden.

Nazis und SPD für Lohnraub

Im bayrischen Verfassungsausschuß wurde der Antrag der Kommunisten gegen die Lohnkürzungen bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern behandelt. Der Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion forderte, daß alle erfolgten Lohnkürzungen bei den Gemeindeführern, Staats- und Stadtarbeitern, Angestellten und unteren Beamten sofort rückgängig zu machen sind, ebenso alle bereits erfolgten Entlassungen. Der durch die Entlassungen erfolgte Einkommensausfall ist nachzuzahlen.

Bei der Beratung dieses Antrages stimmten im Ausschuß Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Bayerische Volkspartei gemeinsam gegen den kommunistischen Antrag. Wieder einmal zeigt sich die Einheitsfront zwischen den sozialdemokratischen und faschistischen Arbeiterfeinden. Für die nationalsozialistischen Beamten und Angestellten ist dieser Fall ein Beweis, daß die Nazis für ihre Interessen eintreten.

Bleite der SPD Ostschlesien

Dresden, 3. November.

Die Volkspartei veröffentlicht eine aufsehenerregende Mitteilung über die angelegte „Reorganisation“ des ostschlesischen Bezirkes der SPD. Diese Reorganisation kennzeichnet deutlich den organisatorischen Verfall der ostschlesischen Bezirksorganisation der Sozialdemokratie, die früher zu einer der besten und ausgebauteiten im ganzen Reich gehörte. Politisch ist bedeutungslos, daß nicht mehr Oskar Edel, sondern Wilhelm Sandner den Posten des politischen Sekretärs übernommen hat. Edel ist offenbar die Treppe hinaufgeklüffelt, nachdem der Landesvorsitzende Böhler wegen seiner zweideutigen Rolle im Parteikonflikt beim Parteivorstand in Ungnade gefallen ist. Ueber die Vorgänge, die zur „Reorganisation“ führten, wird noch besonders zu sprechen sein. Die nach außen hin eindeutig zu Tage tretenden Änderungen zeigen jedoch schon den wahren Charakter der organisatorischen Maßnahmen. Die bisherigen selbständigen Sekretariate von Freital und Pirna werden aufgehoben, die Sekretäre Hennig und Seifert nach Dresden geholt und für Bezirksarbeit mitverwendet. Der bisherige ostschlesische Jugendsekretär Runge, dessen Tätigkeit durch die völlige Auflösung der SAJ am deutlichsten gekennzeichnet wird, findet Verwendung als zweiter Parteisekretär von Dresden, das selbständige Jugendsekretariat wird also aufgehoben. Der bisherige Pirnaer Sekretär Seifert wird neben anderen Arbeitern und der Referentenvermittlung

auch die Jugendbewegung kontrollieren. Ihm ist der Freitaler Chauffeur Reibetanz, ein Parteivorstandsanwärter überstellt worden, als Hilfskraft für die SAJ beigelegt worden. Arthur Käßiger übernimmt neben den Kassengeschäften noch die Leitung der gesamten Bezirks-Frauenorganisation. Schon diese Maßnahmen sind ein Kennzeichen für den organisatorischen Rückgang. Noch deutlicher wird dies aber in einer Zusammenlegung der Bezirkssekretariate im Oberlausitzgebiet. Hierbei wird direkt eingestanden, daß diese Zusammenlegung unter dem Druck der starken Zerfurchung der Oberlausitzer SPD-Ortsgruppen erfolgt, gegen die von Löbau aus der Kampf aufgenommen werden soll.

Es ist bezeichnend, daß jetzt eine solche „Reorganisation“ der ostschlesischen SPD durchgeführt wird, nachdem deren Presse über die politische und organisatorische Reorganisation der ostschlesischen KPD höhnend protokolliert hat. Während jedoch die Reorganisation der kommunistischen Partei eine Erweiterung ihres bisherigen Organisationsrahmens darstellte, zeigt sich bei den Vorgängen in der Sozialdemokratie der organisatorische Verfall an allen Ecken und Enden. Unzweifelhaft ist, daß ein Teil dieser Maßnahmen auch auf die schweren finanziellen Verluste zurückzuführen ist, die beim Neubau des Volkshauses eingetreten sind. Noch heute ist dort die Miete verpfändet und die Gewerkschaftsmitglieder der einzelnen Verbände haben es auf das entschiedenste abgelehnt, für die betriebene Mißwirtschaft die Kosten zu übernehmen. Diese Dinge im Zusammenhang mit dem politischen Verfall der Sozialdemokratie, mit der Massenabwanderung der besten proletarischen Elemente, mit der Enttarnung der Bündnispolitik Oskar Edels, Wedels und seiner Kumpaneer zeigen, daß die Massen der bisherigen sozialdemokratischen Anhänger den Verrätern die Aultungen auszustellen beginnen.

Neue Antifaschistische-Zentrale

Die dunkle Quelle der „Germania“-Hege gegen die NSDAP

Das Zentralorgan des Zentrums, dem Brüning angehört, die „Germania“, bringt in ihrer Nummer vom 3. November in fetter Schrift die Mitteilung, daß ein Dr. K. Aiger, dessen Namen der Gründer und Leiter einer „Forschungs-, Informations- und Auskunftsstelle über Faschismus und Freiheitskampf“ jetzt eine Informationsstelle dieser Stelle in Berlin, Wilhelmstraße 37, errichtet hat. Der Hauptzweck dieser neuen Antifaschistischen-Zentrale, denn um nichts anderes handelt es sich bei der Gründung des Herrn Dr. Aiger, befindet sich in der Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach. Die „Germania“ betont, von den Bischöfen der Abwehrkampf gegen die radikalen Strömungen der Gegenwart übertragen.

Mit dieser Bekanntmachung verrät die „Germania“ — natürlich ungewollt — die dunkle Quelle ihrer in den letzten Tagen mit besonderer Gewissenlosigkeit betriebenen Hege gegen das Land der Arbeiter und Bauern, die Sowjetunion.

Erneute Verschleppung des Landtagszusammentritts.

Wie bekannt wird, will das Landtagspräsidium eine weitere Verschleppung des Landtagszusammentritts bis zum 24. November durchführen. Die kommunistische Landtagsfraktion wird gegen diesen Plan härtesten Protest einlegen.

Das Echo des roten Volksbegehrens

Die sächsischen Nazis gestellt

Anzeiger befürchtet Erfolg des KPD-Vorkohens

Dresden, den 4. November.

Die Eröffnung der roten Volksbegehrensoffensive durch sächsischen Kommunisten hat wie eine Bombe in die Reihen der offenen und heimlichen Stützen Schicks eingeschlagen. Die Beihilfe in dementsprechender Form Stellung, nachdem mitgeteilt worden, daß man in aller Eile telefonische Aushilfe bei führenden Männern der rechtsoppositionellen Parteien eingeholt hat. stellt der Anzeiger fest:

„Die Parteinstanzen haben noch nicht Stellung nehmen können, da der kommunistische Antrag... immerhin ein überaus gefährlicher ist.“

Dieser Satz kennzeichnet die ganze Verlegenheit der sächsischen Hitlerbuden und Hugenberger, die ja insgeheim die Inspiratoren der Schiedspolitik sind, ihren Anhängern aber „Opportunisten“ vorzuführen bemüht sind und die bei der Durchführung ihrer Doppelpolitik objektiv von der Tolerierungspolitik der sächsischen Sozialdemokratie gedeckt werden.

Die KPD führt ihre Volksbegehrensoffensive auf Landtagsauflösung als Massenmobilisierung gegen das große kapitalistische Diktaturregime Schicks und den Faschismus durch und erklärt dabei die Verlogenheit der „nationalen Opposition“.

Der Anzeiger stellt dabei weiter fest:

„Das Volksbegehren wird ohne Zweifel Erfolg haben.“

Das ergibt sich natürlich bereits aus den Stimmenzahlen der KPD. Bei 3,5 Millionen Wahlberechtigten bedarf es für die Volksbegehren nur 350 000 Stimmen, die KPD erhielt allein bei der letzten Reichstagswahl 487 000 Stimmen. Der Volksbegehren selbst erfordert die Mobilisierung mindestens der Hälfte der Stimmberechtigten. Hierzu erklärt der Anzeiger:

„Eine gewisse Aussicht auf Erfolg läßt sich dem Volksbegehren nicht abschreiben.“

Wenn dann das Dresdner Amtsblatt „Gefahren“ sich einem „Zusammengehen der radikalen Unken und Medusen“ erklären wir einseitig genug: Diese Volksbegehrensoffensive unter Führung der KPD, sie ist eine Massenmobilisierung gegen die herrschende Klasse und ihre Regierung. Sie entlarvt die Nazis und Hugenberger ebenso wie die verräterischen SPD-Führer und steht im Zeichen der Lösung: „Freiheit, Brot und Sozialismus — für ein rotes Sachsen in der freien sozialistischen Deutschland!“ In diesem Kampfe will die KPD die Massen in Stadt und Land zusammenzuschließen gegen das Schiedregime und seine Helfershelfer, die sächsischen Sendboten der Hitler, Hugenberger und Wels.

In 4 Stunden 8080 Unterschriften

für das rote Volksbegehren in Sachsen gesammelt.

Gestern nachmittag fanden in allen Stadtteilen Leipzigs Eintragungen für das rote Volksbegehren statt.

In knapp vier Stunden wurden 8080 Unterschriften gesammelt, darunter eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter, Reichsbannerarbeiter, Mittelständler und Frauen.

Der Embörungssturm wächst

Massenproteste gegen das Kundgebungsverbot

Dresden, 4. November

Die gestrige Sitzung des Erwerbslosenausschusses Groß-Dresden, dem 15 parteilose Mitglieder angehören, nahm eine Stellung gegen das Verbot der kommunistischen Revolutionskundgebung und wählte eine Delegation, die diesen Protest Kundgebungspräsidenten heute übermitteln wird. Eine Eisenbahnerversammlung der NSD fordert die sofortige Erhebung des Verbots. Bei zwei großen Organisationsversammlungen am Montag in Hammers Hotel und gestern Dreßhaus, in deren Rahmen das Theaterstück „Die Matrosen von Gato“ aufgeführt wurde, brachten die versammelten Massen spontanen Protest durch Annahme von Resolutions zum Verbot. Beide Veranstaltungen waren überfüllt. Eine Versammlung von Arbeitern der Firma Anton Reiche hat gestern ebenfalls gegen das Verbot der Revolutionskundgebung scharfen Protest erhoben.

Sächsische Stahlhelmaktion für Lohnraub

Glauchau, 4. November

In Glauchau soll der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt werden. Bepfehlungen darüber sind im Gange. Vorläufig zehn Siedlerstellen zu je 14 000 qm geplant. Der Stahlhelm absichtigt, die Regulierung des Lungwiderstandes auf dem Lande der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht durchzuführen.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat zur Regulierung der Bluthäufigkeit vorgeschlagen, dieselben als Notstandsmittel durchzuführen, um Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Die Absicht des Stahlhelms, der sich, genau so wie das Reichsbanner in Leipzig und der Jungsozialisten in Waizen zur freiwilligen Arbeitsdienstpflicht anbietet, bedeutet nichts anderes als Unterstützungssaktion für die neue Lohnrauboffensive der Faschisten.

Erwerbslosensturm im Ruhrgebiet

Heute wurden im Ruhrgebiet zum erstenmal die verurteilten Unterstützungsgelde den Wohlfahrtsunterstützten ausgezahlt. Fast allen Orten kam es zu Demonstrationen und Zusammenkünften. So kam es in Witten zu hürmischen Szenen. Es gab eine Versammlung der Erwerbslosen statt, nach der es zu bedeutenden Demonstrationen in der Stadt kam. Freiwillig teilten kleine Gewerbetreibende Brot und andere Lebensmittel an die Hungernden.

In Hornberg kam es ebenfalls zu spontanen Kundgebungen gegen die Regulierung der Wohlfahrtsunterstützung. Die Frauen zogen die Erwerbslosen durch die Straßen, forderten Arbeit und Brot.

Infolge der Kürzung der Unterstühtungsgelde kam es in Weidach zu Zusammenkünften zwischen Erwerbslosen und Hugenberger. Fünf Männer und eine Frau wurden verhaftet.

Die Nachrichten

heißt die neue Tageszeitung, herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands.

mußt

Du noch heute eine Nummer dieses Blattes besorgen. Dann wirst

Du

erkennen, daß jeder klassenbewußte Arbeiter diese Zeitung nicht nur

lesen

sondern auch für ihre Verbreitung Sorge tragen muß.

Einzelnummer 10 Pfennig

„Die Nachrichten“ sind zu beziehen durch alle Verlagsstellen der Kommunistischen Partei oder durch den Allgemeinen Druckvertriebs-Nachrichten-Verlag, Berlin W 9, Lindenstraße 14, sowie durch die Post.